

Niederschrift zur 11. Sitzung des Beirates am Donnerstag, dem 10. Mai 2012 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18.30 Uhr
Ende: 22.05 Uhr

Vorsitzende: OAL Herr Dornstedt
Schriftführerin: Frau Jantz

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Gesamtsituation Bahnhofsvorplatz ab ca. 18.30 Uhr
- Möglichkeiten der Videoüberwachung
3. BSAG-Kundencenter am Vegesacker Bahnhof
4. Kundenbefragung zu den Öffnungszeiten des Bürgerservicecenters Bremen-Nord
5. Skateranlage am Oeversberg: Sachstand und weitere Verfahren
6. Zukunft des Schaufensters Bootsbau
7. Barrierefreier Zugang Reeder-Bischoff-Straße 31
8. Anträge und Anfragen der Parteien
9. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
10. Mitteilungen der Beiratssprecherin
11. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Beringer, Volker
Buchholz, Rainer
Degenhard, Cord
Frenzel, Greta
Jäckel, Gabriele
Keßenich, Gundram
Kiener, Günter
Kurt, Sabri,
Pörschke, Thomas ab (18.35 Uhr)
Riebau, Joachim
Scharf, Detlef
Sonnekalb, Ralf
Spiegelhalter-Jürgens, Iris
Sprehe, Heike
Tienken, Volker

Nicht teilgenommen

Sulimma, Wilfried
Wemken, Manfred

Sonstige Teilnehmer:

Herr Blome (Bremer Straßenbahn AG)
Herr Donaubauer (Bauamt Bremen-Nord)
Herr Dr. Heinke (Senator für Inneres und Sport)
Herr Hoffmann (Senator für Inneres und Sport)
Herr Dr. Kühling (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen)
Herr Lienesch (Bremer Straßenbahn AG)
Herr Naujoks (Maritime Tradition Vegesack Nautilus e.V.)
Frau Precht (Sportamt Bremen)
Herr Töllner (Polizeiinspektion Bremen-Nord)
Frau Weingarten (Bremer Straßenbahn AG)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Die Einladung ist den Beiratsmitgliedern form- und fristgerecht zugegangen.

Zunächst trägt er drei mündliche Mitteilungen vor. Die Bremer Straßenbahn AG bietet zusätzliche Fahrten zum Klinikum Bremen-Nord an. Aus Richtung Blumenthal wird die Haltestelle um 5.45 Uhr erreicht, aus der Gegenrichtung um 5.37 Uhr.

Das Amt für Straßen und Verkehr hat mitgeteilt, im Bereich des Wilmannsberg ein Bewohnerparken einzurichten.

Die Schule Borchshöhe bedankt sich für die Globalmittel des Beirates als Unterstützung für die Kletterpyramide.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Ein Bürger (siehe Anlage, Nr. 1) beantragt die Erstellung eines Bürger-Info-Flyers. Er überreicht dem Vorsitzenden ein Muster hierzu.

Zudem beantragt er die Erstellung bzw. die Unterstützung für die Erstellung einer „Vegesack App aus öffentlicher Hand für Informationen über die neuen Medien“.

Eine Bürgerin teilt mit, dass sie dagegen ist, dass in der Fußgängerzone Fahrrad gefahren wird. Sie verweist auf die potentiellen Gefahren. Ihr wird mitgeteilt, dass dieses bereits verboten ist.

Ein Bürger (siehe Anlage, Nr. 2) fragt, ob es gestattet ist, im Stadtgarten Vegesack auf der Weserpromenade Fahrrad zu fahren.

Der Vorsitzende erläutert, dass es gestattet ist, auf dem asphaltierten Streifen Rad zu fahren.

Ein Bürger (siehe Anlage, Nr. 3) beklagt, dass am Bahnhofsvorplatz Toiletten nur während der Geschäftszeiten in der Gastronomie und im Haven Hööv't öffentlich zugänglich sind.

Tagesordnungspunkt 2

Gesamtsituation Bahnhofsvorplatz - Möglichkeiten der Videoüberwachung

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Hoffmann und Herrn Töllner und führt in die Thematik ein. Es liegt ein Antrag der CDU-Beiratsfraktion zur Einführung einer Videoüberwachung am Bahnhofsvorplatz vor.

Der Bahnhofsvorplatz ist Drehscheibe für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bremen-Nord. Von den Buslinien kann auf die Regionalbahn umgestiegen werden. Der Platz ist das Eingangstor zur Maritimen Meile. Von der Polizei Bremen wurde er als Gefahrenort klassifiziert.

Bereits im Jahr 2008 hat der Beirat die Thematik aufgegriffen. Der Vorsitzende verweist auf die aktuelle Beschlusslage des Beirates zum Thema „Innere Sicherheit“ aus der Beiratssitzung im März 2012.

Herr Hoffmann führt aus, dass es eine Videoüberwachung bisher am Hauptbahnhofsvorplatz und am Rembertiring gibt.

Herr Töllner erläutert die Situation am Bahnhof Vegesack. Markante Fälle, die von der Presse aufgegriffen wurden, führten zur Verunsicherung in der Bevölkerung. Insgesamt kann allerdings ein Rückgang um 50 Prozent bei den Delikten festgestellt werden. In der Regel werden Delikte wie z.B. Beförderungerschleichungen und Eigentumsdelikte begangen. Weniger als die Hälfte aller Delikte sind Gewaltdelikte. D.h. weniger als 1 Gewaltdelikt pro Woche wird im Durchschnitt begangen. Gemessen an anderen Orten in Bremen ist dies ein guter Wert.

Für den Einsatz einer Videoüberwachung sind rechtliche Vorgaben zu beachten. Der Bahnhof Vegesack wurde als Gefahrenort deklariert, so dass Identitätsfeststellungen durchgeführt werden können. Eine Videoüberwachung lässt sich damit nicht begründen. Auch liegen keine deliktischen Voraussetzungen nicht vor, die eine Videoüberwachung begründen könnten.

Herr Hoffmann teilt mit, dass der Senator für Inneres und Sport die Polizei Bremen um ein Lagebild gebeten hat, um die Entwicklung der vergangenen Jahre nachvollziehen zu können. Die Polizei habe mitgeteilt, dass sie die Maßnahme Videoüberwachung für nicht angemessen halte.

Es muss berücksichtigt werden, in welchem Kontext die Straftaten begangen würden. Die Taten werden oftmals in den Gebäuden oder in der Bahn verübt. Eine Videoüberwachung würde die Tat und damit die Täter nicht filmen.

Der Koalitionsvertrag sieht die Überprüfung der bereits bestehenden Videoüberwachung vor. Ein Bericht von der Polizei Bremen hierzu wird Mitte des Jahres 2012 erwartet. Allerdings kann die Entwicklung am Hauptbahnhofsvorplatz und der Diskomeile als positiv erachtet werden. Positiv hat sicher auch die Polizeipräsenz Einfluss genommen.

Menschenansammlungen können früher erkannt und Polizeikräfte zielgenau und gebündelt eingesetzt werden.

Die Situation an der Diskomeile und am Bahnhofsvorplatz war und ist hinsichtlich der Zahlen und der Delikte nicht mit denen am Bahnhof Vegesack zu vergleichen.

Die Videoüberwachung stellt eine Eingriffsmaßnahme dar. Der Eingriff ist gerichtlich überprüfbar.

Bei Orten, die als Gefahrenort klassifiziert wurden, darf sich der Eingriff der Polizei nur gegen eine Person richten. Es darf nur die Person überprüft werden, die die Polizei als potentiellen Gefährder identifiziert hat (Situation und Merkmale der Person). Es ist also ein relativ niedrigschwelliger Eingriff.

Bei der Videoüberwachung ist jeder Bürger betroffen, in jeder Situation. Diese Maßnahme stellt somit einen erheblichen Eingriff dar. Sie ist nicht verhältnismäßig.

Der Senator für Inneres teilt die Einschätzung der Polizei und kommt auch unter entsprechend rechtlicher Würdigung zu dem Ergebnis keine Videoüberwachung einzuführen.

Herr Töllner konkretisiert die von ihm zu Beginn vorgestellten Zahlen. Ein erheblicher Teil wird in der NordWestBahn oder in angrenzenden Wohnungen und Gaststätten verübt. Zudem häufen sich die Delikte bei Veranstaltung wie z.B. dem Hafenfest. Dies hat zur Folge, dass auch wochenlang keine Taten verübt werden.

Eine Videoüberwachung würde nur sinnvoll sein, wenn der Bildschirm permanent eingesehen würde und Interventionsteams bereit gehalten würden. Es müssten mehrere Kameras installiert und eine andere Beleuchtungssituation geschaffen werden. Die Installationskosten würden einen 6-stelligen Betrag aufweisen, die monatlichen Kosten ca. 3.900 Euro betragen. Zudem müssten die Maßnahmen überprüft werden.

Herr Scharf begrüßt die Diskussion im Beirat und spricht die Angst älterer Menschen an. Die CDU-Beiratsfraktion hat Unterschriften gesammelt. Er weist darauf hin, dass die Bahnkunden am Hauptbahnhof bereits gefilmt würden, in Vegesack dieses aber nicht erlaubt sei. Herr Scharf stellt die angeführten Kosten in Frage. Er wird diese überprüfen.

Herr Hoffmann merkt an, dass eine isolierte Diskussion zu einer Schiefelage in der Thematik führen würde. Die Videoüberwachung ist immer eingebettet in ein Gesamtpaket zu betrachten und sinnvoll umzusetzen.

Orte müssen überwacht und es muss interveniert werden können, da ansonsten nur eine Scheinsicherheit gegeben ist.

Es wurde Seitens des Senators für Inneres und der Polizei viel für die Sicherheit in Bremen-Nord getan. Die Kriminalität kann allerdings nie vollständig verhindert werden.

Herr Hoffmann spricht sich für eine Polizeipräsenz auf der Straße und den öffentlichen Plätzen aus.

Der Zielerreichungsgrad wird in 80 Prozent der Fälle erreicht.

Die Videoüberwachung kann auch zukünftig immer mitgedacht werden.

Frau Sprehe stellt fest, dass die Einstufung des Bahnhofes Vegesack als Gefahrenort zu einem Rückgang der Straftaten geführt hat. Auch sie begrüßt die persönliche Präsenz der Polizeibeamten vor Ort. Sie fragt nach der Zusammenarbeit mit der BSAG.

Herr Töllner erklärt, dass die Einstufung als Gefahrenort regelmäßig überprüft wird, einige Straßen konnten bereits wieder zurückgenommen werden.

Die Polizei verfüge über Projektkräfte, die diese Maßnahmen zusätzlich durchführen.

Herr Buchholz schätzt die Möglichkeiten für die Verhinderung von Straftaten durch eine Videoüberwachung als gering ein.

Er fragt nach konkreten Maßnahmen der Polizei, mit denen zur Beruhigung in der Bevölkerung beigetragen wird. Es läge ein offensichtlicher Personalmangel vor, der im Bereich der Inneren Sicherheit nicht zu akzeptieren sei.

Die FDP spricht sich für einen besseren und gezielten Personalansatz der Polizei, der BSAG und der Bahn, aber auch der Ehrenamtlichen, wie z.B. den Nachtwanderern, aus. Die FDP ist gegen eine Videoüberwachung.

Herr Degenhard meint, dass die Deliktanzahl mit 50 pro Jahr viel ist. Es müsste außerdem die Anzahl der Bürger berücksichtigt werden, die Angst haben, den Platz zu betreten und ihn meiden.

Herr Pörschke fragt nach den gesetzlichen Voraussetzungen in anderen Bundesländern. Er verweist auf die Debatte zu den Revierschließungen an den Wochenenden und Nächten. Die Grünen wollen ein Gesamtkonzept für den Bahnhofsvorplatz. In der Fraktion wurden neben den Kosten für die Installation einer Videoanlage auch die technischen Details erörtert.

Herr Pörschke fragt nach der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes und spricht die Beleuchtungssituation an.

Herr Hoffmann gibt zu Bedenken, dass sich der Senator für Inneres auf die bremische Rechtslage beziehen muss.

Die Beleuchtung des Platzes kann in den weiteren Diskussionsprozess der zuständigen Akteure mit einfließen.

Herr Töllner merkt an, dass die Polizei die Ängste der Bevölkerung ernst nimmt. Das Handeln der Polizei müsse aber den gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen. Die Videoüberwachung ist an zeitliche Rahmen gebunden. Die Datenschützer geben die Bereiche vor, die überwacht werden dürfen und welche gepixelt werden müssen. Die Daten dürfen nur 48 Stunden gespeichert werden.

Die Polizei führt am Bahnhofsvorplatz in Vegesack Maßnahmen zivil durch. Diese würden von den Bürgern nicht unbedingt wahrgenommen. Zudem werden Kontaktpolizisten eingesetzt, es werden Projekte und Schwerpunktmaßnahmen durchgeführt.

Eine Bürgerin (siehe Anlage, Nr. 4) hat beobachtet, wie Passanten angepöbelt werden. Sie hat Angst, sich nachts in Vegesack zu bewegen. Sie beklagt die Reduzierung der Öffnungszeit der Polizeiwache Vegesack.

Ein Bürger (siehe Anlage, Nr. 5) reflektiert, dass sich der Stadtteil durch den Vegesacker Bahnhof verändert habe. Er hat beobachtet, dass junge Erwachsene mit Limousinen vor den Spielplatz fahren und die dort spielenden Kinder ansprechen. Er habe Drogenhandel beobachtet. Er verweist auf die abschreckende Wirkung, die eine Videoüberwachung habe. Außerdem verweist er auf die Videoüberwachung an einer Münchener U-Bahnhaltestelle, die zur Überführung eines Täters geführt habe. Er regt an, am Bahnhof eine kleine Wache zu eröffnen. Auch er hat Unterschriften gesammelt.

Der Vorsitzende nimmt die Unterschriftenlisten entgegen.

Eine Bürgerin (siehe Anlage, Nr. 6) bittet um eine erkennbare Polizeipräsenz auch in den Nachtstunden.

Herr Scharf merkt an, dass die Anzahl der schweren Straftaten nur leicht gesunken sei. Auch er übergibt die gesammelten Unterschriften.

Herr Degenhard dankt den Bürgern für ihre Wortmeldungen. Wenn der Wille vorhanden wäre, würde das Polizeigesetz nach seiner Einschätzung geändert werden. Er benennt die verübten Delikte, wie den Austausch von Waffen und den Handel mit Drogen. Der Orient-Kulturverein wurde in ein Café mit umfangreichen Öffnungszeiten umgewandelt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er hierauf bereits von Anwohnern angesprochen wurde und das Bauamt Bremen-Nord (BBN) bereits einen Baustopp verhängt habe.

Frau Spiegelhalter-Jürgens greift den Vorschlag zur Gründung eines Runden Tisches auf. Als Nachtwanderin würde sie die Präsenz der Polizei häufig wahrnehmen. Sie nimmt Gefahren durch Alkohol wahr. Körperverletzungen würden häufig in alkoholisierten Zustand verübt. Eine Videoüberwachung könnte dem nicht sinnvoll begegnen. Grundsätzlich würden sich Straftaten verlagern und eine lediglich eine Scheinsicherheit geschaffen.

Frau Sprehe spricht sich ebenfalls für die Einrichtung eines Runden Tisches aus. Auch in anderen Bereichen wurden mit diesem Instrument gute Erfahrungen gemacht.

Herr Scharf teilt mit, dass im Haushalt keine Mittel für eine zusätzliche Polizeipräsenz eingeplant wurden.

Herr Kiener berichtet von Bürgern, die sich über Situationen am Bahnhofsvorplatz beklagen und ihn meiden. Auch er stellt die Kosten für die Videoüberwachung in Frage. Evtl. könnte die BSAG einen Teil der Kosten übernehmen.

Auf die Frage von Herrn Buchholz, ob über den Antrag der CDU überhaupt abgestimmt werden könne, da die geforderte Maßnahme ggf. rechtlich nicht zulässig sei, erklärt der Vorsitzende, dass er den Beschluss an den Senator für Inneres weiterleiten würde und von dort eine rechtliche Bewertung vorzunehmen sei, die dann dem Ortsamt und dem Beirat zu übermitteln wäre.

Beschlussvorschlag:

Der Beirat Vegesack fordert den Senator für Inneres und Sport auf, endlich für mehr Sicherheit rund um den Bahnhof Vegesack zu sorgen. Daher fordert der Beirat Vegesack die Installation einer Videoüberwachung.

Ergebnis:

5 Beiratsmitglieder stimmen für den Antrag, die restlichen dagegen. Damit wird der Antrag abgelehnt.

Beschluss:

Es wird ein Runder Tisch zur Verbesserung der Situation am Bahnhof Vegesack gegründet. Als Teilnehmer werden vorgeschlagen:

- Senator für Inneres und Sport
- Polizeirevier Vegesack
- Polizeiinspektion Bremen-Nord
- Präventionsrat Bremen-Nord
- Bauamt Bremen-Nord
- Bremer Straßenbahn AG
- swb AG
- Taxiunternehmen
- Nachtwanderer
- je 1 Fraktionsmitglied
- Radio Bremen – Versorgungskasse (Eigentümer)
- Anrainer wie Dr. Schulte am Hülse, Herr Dembny, Frau Palicki, Herr Aydin

Ergebnis:

- einstimmig -

Der Vorsitzende unterbricht um 20.15 Uhr die Sitzung für 10 Minuten.
Um 20.25 Uhr wird die Sitzung fortgeführt.

Tagesordnungspunkt 3 **BSAG-Kundencenter am Vegesacker Bahnhof**

Der Vorsitzende begrüßt Frau Weingarten (Vertrieb und Marketing), Herrn Blome (Gebäudemanagement) und Herrn Lienesch von der BSAG und führt in die Thematik ein. Der bestehende unscheinbare Kartenverkaufsschalter soll durch ein Kundencenter ersetzt werden. Auch nach Aufnahme des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) konnte die BSAG keinen Rückgang ihrer Kundenzahlen verzeichnen. Der Vorsitzende regt an, in der weiteren Diskussion den Wartebereich für die Kunden am Vegesacker Bahnhof insgesamt anzusprechen.

Herr Lienesch betont, dass der bestehende Kartenverkaufsschalter für Mitarbeiter und Kunden gleichermaßen unangenehm ist.

Frau Weingarten teilt mit, dass die Arbeitsplatzsituation derzeit für die MitarbeiterInnen der BSAG nicht hinnehmbar ist. Eine adäquate Kundenberatung ist nicht möglich. Zukünftig soll die Serviceorientierung in den Vordergrund gestellt werden. Eine Beratung soll in den neuen Räumen und nicht mehr durch eine Fensterscheibe erfolgen.

Herr Blome berichtet von Gesprächen mit dem Bauamt Bremen-Nord (BBN). Die Situation gestaltet sich nicht einfach. Der Platz erscheint insgesamt überarbeitenswert. Um eine zukünftige Umgestaltung des Platzes auch weiterhin möglich zu machen, schlägt die BSAG keinen Baukörper vor, sondern eine Modulbauweise in hochwertiger Optik.

Die BSAG hat auch geprüft, ob evtl. an den Bahnhofsvorplatz angrenzende leerstehende Ladenlokale genutzt werden können. Diese Optionen mussten leider verworfen werden. Ziel ist es, ein ausreichend großes Kundencenter, das den Bedürfnissen der Kunden und Mitarbeiter gerecht wird, zu bauen. Der Neubau soll an der Stelle des bestehenden Häuschens errichtet werden, da dort die Versorgungsanschlüsse bereits vorhanden sind. Der Entwurf des Neubaus bietet Platz für zwei Arbeitsplätze, ein Foyer für die Kunden und Toiletten. Man hat sich bewusst für eine Zweigeschossigkeit entschieden, um auch für die Fahrer eine Aufenthaltsmöglichkeit zu schaffen.

Herr Buchholz dankt für die überzeugende Vorstellung und berichtet von der positiven Kundenbetreuung der BSAG-MitarbeiterInnen. Für ihn macht die Verortung des Neubaus an der bestehenden Stelle Sinn. Die Architektur sei zwar nicht wettbewerbsfähig, aber man könne sich an die temporäre Architektur gewöhnen. Zudem würde er eine entsprechende Beleuchtung begrüßen.

Herr Kiener hat gegen die zweckmäßige Architektur ebenfalls nichts einzuwenden. Er fragt nach einer Behindertentoilette und ob die Toiletten insgesamt von der Öffentlichkeit in Anspruch genommen werden können.

Herr Blome führt aus, dass eine öffentliche Toilettennutzung nicht vorgesehen ist, da diese an anderer Stelle vorhanden seien.

Frau Sprehe dankt für die Vorstellung und bezeichnet den Platz für das Gebäude als optimal. Es fügt sich in die Pläne für mehr Licht und Leben auf den Bahnhofsvorplatz ein. Auch sie geht auf die Thematik der öffentlichen Toiletten ein.

Herr Lienesch sagt zu, dass die BSAG prüfen wird, ob die Toiletten einer öffentlichen Nutzung zugänglich gemacht werden können. Allerdings ist immer der Sicherheitsaspekt zu berücksichtigen.

Sowohl Herr Kiener als auch Herr Tienken betonen nochmals die Wichtigkeit der öffentlichen Zugänglichkeit zu den Toiletten.

Frau Spiegelhalter-Jürgens begrüßt die geplante Verbesserung. Sie hofft allerdings, dass der Vorschlag keine Dauerlösung sei. Sie regt an, auch an eine Solarnutzung zu denken. Sie fragt nach den Bedenken von Herrn Donaubaue und ob die Öffnungszeiten mit dem Neubau des Kundencenters verlängert werden?

Frau Weingarten merkt an, dass die Öffnungszeiten überdacht werden. Mit dem neuen Center hofft die BSAG schneller und effektiver arbeiten zu können.

Herr Scharf spricht sich dafür aus, dass Passanten nicht die Toiletten der BSAG-MitarbeiterInnen nutzen sollen und er stellt fest, dass die Architektur des Gebäudes nicht endgültig sei.

Herr Donaubaue teilt mit, dass das BBN das Vorhaben grundsätzlich begrüßt. Er sieht die Platzgestaltung schwierig. Die Entwürfe wurden bisher nur schematisch diskutiert. Die genaue räumliche Ausgestaltung ist noch vorzunehmen. Mit der aktuellen Vorstellung wird eine frühzeitige Beteiligung des Beirates realisiert.

Auf die Frage des Vorsitzenden nach der zeitlichen Perspektive für die Realisierung spricht sich Frau Weingärtner für eine möglichst zeitnahe Realisierung aus.

Herr Scharf befürchtet Graffiti bei einer weißen Fassade. Es wurden nach Aussage von Herr Blome noch keine Aussagen über die Farbe der Fassade getroffen, zudem könnte ein Oberflächenschutz aufgebracht werden.

Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Der Beirat bittet die BSAG ihm eine Planung vorzulegen, die eine ansprechendere Architektur beinhaltet und den Bedürfnissen der BSAG gerecht wird. Die BSAG wird gebeten zu prüfen, ob die geplanten Toiletten zur öffentlichen Nutzung angeboten werden können.

Zudem wird die BSAG gebeten, auch gegenüber der Stadt die Wetterschutzsituation auf dem Bahnhofplatz zu thematisieren, damit die Kundenzufriedenheit und das Erscheinungsbild insgesamt verbessert werden. Beispielsweise sind die Dachflächen zu reinigen.

Tagesordnungspunkt 4

Kundenbefragung zu den Öffnungszeiten des Bürgerservicecenters Bremen-Nord

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Heinke. Der Beirat Vegesack hat sich bereits mehrmals mit dem Dienstleistungsangebot des Bürgerservicecenters befasst und jeweils die geplanten Öffnungszeiten kritisiert.

Da das BSC Nord ein Angebot für Bremen-Nord insgesamt bereithält, hat sich zudem der Regionalausschuss Bremen-Nord der Thematik angenommen.

Der Senator für Inneres und Sport und das Stadtamt Bremen führen eine Fragebogenaktion zu den Öffnungszeiten unter den Kunden des BSC Nord durch. Die Fragebögen können auch von der Homepage des Orsamtes heruntergeladen werden.

Der Vorsitzende übergibt Herrn Dr. Heinke ihm bereits vorliegende ausgefüllte Fragebögen.

Herr Dr. Heinke leitet das Projekt Stadtamt zukunftssicher gestalten. Er erwartet, aus der Befragung Verbesserungsvorschläge ableiten zu können. Der Lenkungskreis ist dem Staatsrat Herrn Münch direkt unterstellt. Neben dem Innenressort sind weitere Ressorts, wie z.B. das Finanzressort beteiligt.

Insgesamt stehen 6 MitarbeiterInnen für die Realisierung des Projektes zur Verfügung. Neben der Kundenorientierung wird auch die Mitarbeiterperspektive betrachtet. Für die Aufstellung einer Ist-Analyse wird zur Zeit neben einer statistischen Erhebung eine Kundenbefragung durchgeführt. Folgeuntersuchungen können ggf. am neuen Standort durchgeführt werden. Auch im BSC Mitte werden die Kunden befragt, um ermitteln zu können, welche Kunden aus Bremen-Nord das Angebot in der Innenstadt in Anspruch nehmen. Nach der Ist-Stand-Ermittlung werden eine Ist-Kritik und anschließend eine Soll-Bemessung durchgeführt. Die Kundenbefragung stellt nur einen Baustein dar. Die Fragebögen werden im Rahmen des Kundenkontaktes ausgegeben. Der Rücklauf ist nach derzeitigem Stand zufriedenstellend. Herr Dr. Heinke skizziert den Fragebogen stichwortartig. Die Fragebögen werden ausgewertet, die Ergebnisse fließen in den Vorschlag für den Lenkungsausschuss ein.

Herr Buchholz hat den Eindruck, dass es kein reales Interesse seitens der Innenbehörde gibt, den tatsächlichen Betrieb zu evaluieren. Da die Umfrage nicht an dem neuen Standort durchgeführt wird, bleiben die Ergebnisse dem Zufall überlassen. Der Fragebogen sei manipulierbar. Außerdem wird in dem Fragebogen keine Abendöffnung, sondern nur eine Nachmittagsöffnung angesprochen. Es sei ein Fehler, den Start des BSC Nord ohne zusätzliches Personal zu organisieren. Für Herrn Buchholz steht die Kundenzufriedenheit, nicht die der MitarbeiterInnen im Vordergrund.

Frau Sprehe gibt zu bedenken, dass die Befragung auf Druck des Beirates erfolge. In der Tat lassen die Formulierungen der Fragen an der Intention der Befragung zweifeln. Sie kritisiert zudem den zu kurzen Zeitraum für die Befragung. Aus ihrer Sicht wäre eine zweite Befragung notwendig. Das Ergebnis der ersten Befragung soll am 15. Juni vorliegen.

Es soll damit in die öffentliche Beratung des Regionalausschusses einfließen. Wenn die Bürger verlängerte Öffnungszeiten wünschen, dann müssen diese auch umgesetzt werden.

Herr Degenhard merkt an, dass kein Kunde des BSC Nord gezwungen wird, einen Fragebogen auszufüllen. Er erachtet die Öffnungszeiten als zeitgemäß und verweist auf die Ladenöffnungszeiten.

Herr Kiener möchte die Kunden- und Mitarbeiterfreundlichkeit gewichten. Zudem kritisiert er einzelne Fragen, insbesondere die Frage zur Samstagsöffnung bezeichnet er als eine Frechheit. Insgesamt kritisiert er die Forderung nach Begründungen.

Frau Krone als Nutzerin des Bürgeramtes Blumenthal merkt an, dass ihr der Fragebogen nicht automatisch, sondern nur auf Nachfrage ausgehändigt wurde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Beirat Vegesack die Dauer der Befragung einvernehmlich als zu kurz erachtet. Sie ist auch nach Eröffnung des Bürgerservicecenters Bremen-Nord im Stadthaus Vegesack bis Ende Juni 2012 fortzuführen.

Um 21.30 Uhr bittet der Vorsitzende auf Grund des zeitlichen Verzugs in der Tagesordnung die Fraktionssprecher zu ihm, um den weiteren Verlauf abzustimmen. Für diese Beratung unterbricht er die Sitzung.

Die Fraktionssprecher haben mit dem Vorsitzenden vereinbart, die Tagesordnung nach dem Tagesordnungspunkt 5 zu schließen. Der Vorsitzende entschuldigt sich im Namen des Beirates bei Herrn Dr. Kühling, Herrn Naujoks und Herrn Keibel für die Vertagung der Tagesordnungspunkte, zu denen sie eingeladen wurden.

Tagesordnungspunkt 5

Skateranlage am Oeversberg: Sachstand und weitere Verfahren

Herr Beringer nimmt im Publikum Platz. Der Vorsitzende führt in die Thematik ein. Die Presse hat bereits berichtet, dass Lösungsmöglichkeiten für die Fortführung der Skateranlage zu ermitteln sind. Der Sportgemeinschaft Aumund-Vegesack von 1892 e.V. (SAV) ist als Träger der Anlage hierzu derzeit auf Grund der Vandalismusschäden etc. nicht mehr in der Lage. So müssen beispielsweise andere Trägerschaften und alternative Standorte geprüft werden. Ggf. ist das Gewerbeaufsichtsamt entsprechend zu beteiligen. Der Vorsitzende begrüßt Frau Precht.

Frau Sprehe teilt mit, dass sie die Nachricht überrascht und die Presseberichterstattung erschrocken hat. Alle würden ein Interesse daran haben, dass die Skateranlage fortgeführt wird. Gemeinsam mit dem Amt für Soziale Dienste und dem Sportamt Bremen müssen nach Möglichkeiten für den Fortbestand geschaut werden.

Auch Herr Buchholz hat die Presseberichterstattung entsetzt. Er kritisiert, dass jemand, der dem Beirat angehört, der weiß, dass die Anlage ihren Dienst nicht mehr tut und nicht fortbetrieben werden kann, den Betrieb schon zum jetzigen Zeitpunkt einstellt und dieses nicht gegenüber dem Beirat kommuniziert.

Herr Buchholz spricht sich ebenfalls für einen Fortbetrieb der Anlage aus. Man dürfe nicht vor einer Minderheit kapitulieren, die die Anlage zerstört. Der Beirat könne allerdings nur einen Teil hierzu leisten. Es muss ein Betreiber gefunden werden. Er bittet den Ortsamtsleiter und die Ausschusssprecherin, Vereine zu fragen, ob sie die Trägerschaft übernehmen. Denn nur wenn es einen Träger gibt, würde es Sinn machen, Geld zu investieren.

Frau Spiegelhalter-Jürgens teilt für die Grünen mit, dass auch sie die Skateranlage erhalten wollen. Sie regt an, dass sich die Vereine mit dem Beirat, dem Sportamt, dem AfSD zusammensetzen und Lösungsmöglichkeiten erörtern. Weitere Gruppen, wie z.B. die Einwohnergemeinschaft Grohn, könnten einbezogen werden. Sie fragt nach Möglichkeiten für die Einstellung eines Platzwart und was dieser kosten würde.

Auch das Sportamt Bremen hat von der Thematik aus der Zeitung erfahren. Frau Precht führt aus, dass der Verein die Anlage finanziert. Dieser könne allerdings nicht allein gelassen werden. Sie begrüßt die Initiative des Beirates und Einberufung eines Runden Tisches. Das Sportamt hat Kontakt zu Prof. Teusch von der Jacobs University Bremen (JUB) aufgenommen. Die JUB habe demnach erklärt, die Osthälfte des Geländes bis 2019 und die Westhälfte bis 2029 nicht nutzen zu wollen.

Diese Information erachtet der Vorsitzende als wichtig, das diese die Diskussion auf ein neues Fundament stellen würde. Damit könnten die Planungen vorangetrieben werden.

Frau Sprehe regt eine Behandlung der Thematik im Fachhausschuss mit allen Akteuren an. Auch die JUB sollte sich beteiligen.

Frau Spiegelhalter-Jürgens erinnert daran, dass ein Junger Mann in der Presse vorgestellt wurde, der sich an der Reinigung beteiligt hat. Der SAV solle weitere Jugendliche ansprechen.

Frau Sprehe erfragt die Auslastung der Anlage. Hierzu könnte ein Bericht im Fachausschuss gegeben werden.

Der Vorsitzende merkt an, dass eine Anlage, die in Stand gesetzt werden würde, auch von den Jugendlichen genutzt werde.

Herr Beringer beklagt, dass viele Beiratsmitglieder die Anlage nicht aufgesucht hätten. Er selbst habe die Anlage immer wieder sauber gemacht. Zudem beschreibt er den Vandalismus. Die Anlage wurde mit Hilfe von Unternehmen aufgebaut. Seine Äußerungen gegenüber der Presse waren ein Hilferuf. Der SAV wolle die Anlage nicht aufgeben. Er habe seinerseits bereits Kontakt zum Arbeit und Lernzentrum, dem Amt für Soziale Dienste und dem BBN aufgenommen. Er gehe davon aus, dass sich in Kürze ein Ergebnis einstellen würde.

Der Vorsitzende bittet Herrn Beringer das gemeinsame Interesse des Beirates zur Kenntnis zu nehmen. Alle treten für den Fortbestand der Skateranlage ein. Die Regie für das weitere Verfahren obliegt nunmehr dem Beirat.

Herr Degenhard merkt an, dass die Bevölkerung den Erhalt der Skateranlage möchte. Zwei Dinge seien zu klären:

1. Woher kommt das Geld für den laufenden Unterhalt?
2. Wie begegnet man dem Vandalismus?

Außerdem fragt Herr Degenhard, ob nicht ein anderer Verein, wie z.B. der SV Grohn, die Trägerschaft übernehmen könnte.

Auch Frau Frenzel zeigt sich über die Zeitungsberichterstattung und über die aktuellen Aktivitäten des SAV überrascht. Sie fragt, warum der Beirat nicht informiert wurde, obwohl er monatlich tagt.

Der Vorsitzende fordert die Beiratsmitglieder auf, zukunftsgerichtet nach Möglichkeiten für den Fortbestand der Anlage zu suchen. Er nimmt das Signal des Beirates auf, sich ggf. finanziell an einer Lösung beteiligen zu wollen. Zudem sollte auch der Burglesumer Beirat ein vitales Interesse an einer Beteiligung haben, da auch aus St. Magnus viele Kinder und Jugendliche die Anlage nutzen.

Zunächst ist allerdings der Bedarf zu ermitteln.

Der Vorsitzende stellt als Votum des Beirates Vegesack fest, dass sich der Fachausschuss der Thematik annehmen wird. Hierzu werden eingeladen, das Sportamt Bremen, das Amt für Soziale Dienste, die Einwohnergemeinschaft Grohn, die Jacobs University, das Arbeit und Lernzentrum e.V. sowie neben der Sportgemeinschaft Aumund-Vegesack von 1892 e.V. der Sport-Verein Grohn von 1911 e.V. und der TV Grohn von 1883 e.V.

Der Beirat Vegesack signalisiert den Fortbestand der Skateranlage mit Beiratsmitteln zu unterstützen.

Herr Degenhard bittet das Sportamt Bremen ebenfalls eine Zuwendung, z.B. für den Zaun, zu prüfen.

Abschließend geht der Vorsitzende auf eine E-Mail von Pooch-Heinrich hinsichtlich eines möglichen Konzeptes und eines Finanzierungsvorschlags ein.

Tagesordnungspunkt 6 Zukunft des Schaufensters Bootsbau

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 7 Barrierefreier Zugang Reeder-Bischoff-Straße 31

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 8 Anträge und Anfragen der Parteien

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 9 Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 10 Mitteilungen der Beiratssprecherin

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 11 Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Sitzung wird um 22.05 Uhr geschlossen.

Dornstedt
Vorsitzender

Jantz
Schriftführerin

Sprehe
Beiratssprecherin